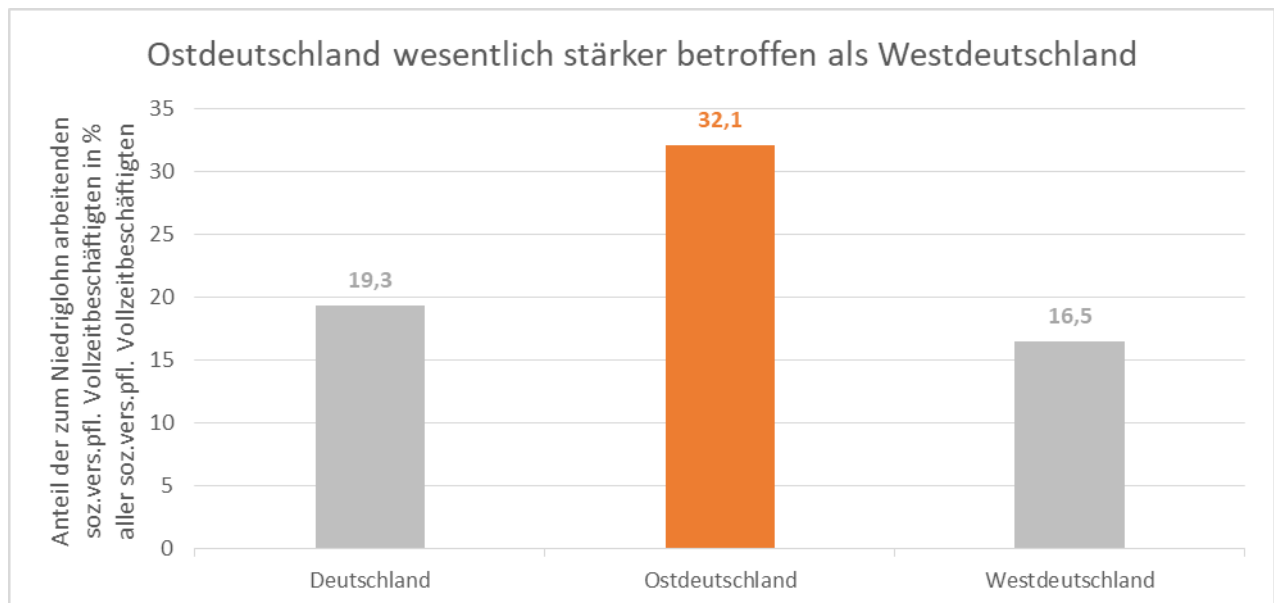


Niedriglohn: Im Osten fast jede dritte Vollzeit betroffen

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage »Niedriglöhne in Deutschland« (BT-Drs. 19/12290) von Susanne Ferschl u.a. und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Zusammenfassung:

Bundesweit liegt bei fast jedem fünften Vollzeitbeschäftigten (19,3 Prozent) der Lohn unter der Niedriglohnschwelle. 2018 verdienten 4,14 Millionen Beschäftigte weniger als zwei Drittel des mittleren monatlichen Bruttoarbeitsentgelts von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende). In Ostdeutschland lag der Anteil der zum Niedriglohn Arbeitenden mit 32,1 Prozent im Jahr 2018 fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland (16,5 Prozent). Hauptbetroffene sind Frauen, von denen 26,5 Prozent nur einen Niedriglohn bekommen, während es bei den Männern 15,8 Prozent sind.



Die Angaben der Bundesregierung zur Preisentwicklung zeigen darüber hinaus, dass die Preise für Nahrungsmittel, für die Menschen mit Niedriglöhnen in der Regel einen höheren Anteil ihres Einkommens aufwenden müssen, wesentlich stärker gestiegen sind, als die Preise insgesamt. So ist der Verbraucherpreisindex zwischen 2015 und 2018 insgesamt um 3,8 Prozent gestiegen, der Verbraucherpreisindex „Nahrungsmittel“ aber um 6,3 Prozent.

O-Ton Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

„Wer Vollzeit arbeitet und trotzdem nicht über die Runden kommt, den packt die blanke Angst. Niedriglöhne treiben Menschen zur Verzweiflung und in die Hände rechter Demagogen. Die Bundesregierung lässt die Menschen in ihrer Not allein und hält an ihrer verfehlten Arbeitsmarktpolitik fest. Hartz IV hat unzumutbare Arbeit zumutbar gemacht. So wurden Beschäftigte diszipliniert und die Organisationsmacht der Gewerkschaften erschüttert. Die Folge sind Dumpinglöhne und Millionen Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Das kann sich eine Demokratie auf Dauer nicht leisten.“

Ergebnisse im Einzelnen:

- **Fast jeder Fünfte sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) arbeitete bundesweit für einen Lohn unter der so genannten Niedriglohnschwelle**, verdiente also weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttoentgelts. Über vier Millionen Menschen sind betroffen (s. Antwort der Bundesregierung zur Frage 11.).
- **Ostdeutschland ist besonders betroffen:** In Ostdeutschland lag der Anteil der zum Niedriglohn arbeitenden mit 32,1 Prozent im Jahr 2018 nahezu doppelt so hoch wie in Westdeutschland, wo 16,5 Prozent der Vollzeitbeschäftigten zum Niedriglohn arbeiten mussten (s. Antwort der Bundesregierung, Tabellen 13-15 und Tabellenblatt „Ostdeutschland Westdeutschland“ der beigefügten Excel-Tabelle).
- Unter allen **Bundesländern** hat Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil an Beschäftigten, die zum Niedriglohn arbeiten (37,9 Prozent), gefolgt von Thüringen (35,3 Prozent) und Sachsen und Brandenburg (beide 35,1 Prozent). Unter den westdeutschen Bundesländern schneiden Schleswig-Holstein (21,3 Prozent) und Niedersachsen (20,4 Prozent) am schlechtesten ab. Berlin hat unter den Stadtstaaten den höchsten Anteil (21,5 Prozent) (Bremen: 17,4 Prozent; Hamburg: 13,9 Prozent) (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 16).
- **Die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen** zeigt, dass **Frauen noch wesentlich stärker von Niedriglöhnen betroffen sind als Männer** (Insgesamt: 19,3 Prozent; Frauen: 26,5 Prozent; Männer: 15,8 Prozent) (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 17).
- **Die Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern** zeigt, dass **Ausländer noch wesentlich stärker von Niedriglöhnen betroffen** sind, als Deutsche. 38 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Ausländer arbeiteten 2018 zum Niedriglohn gegenüber 16,7 Prozent aller Deutschen (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 17)
- **Die Unterscheidung zwischen jüngeren und älteren Beschäftigten** zeigt: **Jüngere** (unter 25 Jahre) sind **am stärksten betroffen** (Insgesamt: 19,3 Prozent; unter 25 Jahren: 40,6 Prozent; 25 bis 50 Jahre: 18,8 Prozent; 50 Jahre und älter: 16,3 Prozent) (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 17).
- **Die Unterscheidung nach Berufsabschlüssen** zeigt: **Menschen ohne Berufsabschluss** sind **am stärksten betroffen** (Insgesamt: 19,3 Prozent; ohne Berufsabschluss: 40,4 Prozent; Anerkannter Berufsabschluss: 18,4 Prozent; Akademischer Berufsabschluss: 5 Prozent) (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 18).
- **Die Unterscheidung nach Berufssegmenten** zeigt: Besonders schlecht stehen **Reinigungsberufe** dar (65,9 Prozent), gefolgt von **Lebensmittel- und Gastgewerbeberufen** (53,2 Prozent) und Land, Forst- und Gartenbauberufe (42,8 Prozent). **Verkehrs- und Logistikberufe** (33 Prozent), **Sicherheitsberufe** (31,3 Prozent) und **Medizinische und nicht-medizinische Gesundheitsberufe** (25%) schneiden ebenfalls sehr schlecht ab (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 19)
- **Die Unterscheidung nach Wirtschaftsabteilungen** zeigt: Hier schneidet trotz des Mindestlohns das **Gastgewerbe** auch weiterhin am schlechtesten ab (64 Prozent), gefolgt von Private Haushalte (58,5 Prozent), Bergbau und Gewinnung von Stein und Eisen (55,8 Prozent), Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (51,3 Prozent) (s. Antwort der Bundesregierung, Tabelle 20)
- **Die zum Niedriglohn Beschäftigten sind darüber hinaus besonders betroffen** davon, dass die **Preise für Nahrungsmittel wesentlich stärker gestiegen** sind, als die **Verbraucherpreise insgesamt**, da sie in der Regel einen größeren Teil ihres Einkommens für diese Ausgaben aufwenden müssen. So ist der Verbraucherpreisindex insgesamt zwischen 2015 und 2018 um 3,8 Prozent gestiegen, der Verbraucherpreisindex „Nahrungsmittel“ aber um 6,3 Prozent. Hiervon waren Ost- und Westdeutschland gleichermaßen betroffen (s. Antwort der Bundesregierung, Antwort zur Frage nur 12. und Tabellen 23 und 25).
- Der große Niedriglohnsektors ist möglicherweise auch mit Ursache für die hohe **Zahl der im Nebenjob geringfügig Beschäftigten. 2018 waren dies 2,93 Millionen Menschen, deren Anzahl weiter gestiegen ist (+4,5 Prozent)** (s. Antwort der Bundesregierung zur Frage Nr. 14).

Medianentgelt und Niedriglohnschwellen

Die Niedriglohnschwelle für sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte liegt bei zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten.

- **In Deutschland** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2018 bei 3.304 Euro (Antwort Frage 7)
- In Deutschland lag die Niedriglohnschwelle 2018 bei 2.203 Euro (Antwort Frage 10)
- **In Westdeutschland** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum 31. Dezember 2018 in Westdeutschland bei 3.434 Euro (Antwort Frage 3)
- In Westdeutschland lag die Niedriglohnschwelle bei 2018 bei 2.289 Euro (Antwort Frage 10)
- **In Ostdeutschland** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2018 bei 2.707 Euro. (Antwort Frage 4)
- Für Ostdeutschland lag die Niedriglohnschwelle 2018 bei 1.805 Euro (Antwort Frage 10)
- **Für Frauen** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2018 bei 3.014 Euro. (Antwort der Bundesregierung, Tabelle 9)
- **Für Männer** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2018 bei 3.468 Euro.
- **Für unter 25-Jährige** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2018 bei 2.408 Euro.
- Für Beschäftigte **zwischen 25 bis unter 50** Jahren lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2018 bei 3.288 Euro.
- **Für Beschäftigte ab 50 Jahren** lag das Medianentgelt der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt zum Stichtag 31. Dezember 2018 bei 3.570 Euro.